ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland (IWH)

Article

Ostdeutsche Wirtschaft: Produktion 2003 wieder im Plus

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland (IWH) (2003) : Ostdeutsche Wirtschaft: Produktion 2003 wieder im Plus, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 9, Iss. 8, pp. 227-246

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/143256

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Ostdeutsche Wirtschaft: Produktion 2003 wieder im Plus

Die Wirtschaft der neuen Bundesländer konnte sich zu Beginn des Jahres 2003 der konjunkturellen Flaute in Deutschland nicht entziehen. Die Industrieproduktion ist nur noch leicht gestiegen, die Bauleistungen sind – auch wegen der harten Wintermonate – deutlich gesunken. Darüber hinaus mussten die Anbieter von Dienstleistungen im ersten Vierteljahr Produktionseinbußen hinnehmen.

Der Rückgang der Bautätigkeit dürfte sich allerdings aufgrund der Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der angekündigten Kürzung der Eigenheimzulage und den Sondereffekten durch die Beseitigung der Flutschäden vorerst so nicht fortsetzen. Nennenswerte Produktionsanstöße werden jedoch wegen der allgemein gedrückten Nachfrage der Investoren und der privaten Haushalte zunächst nicht ausgelöst werden. Erst mit der erwarteten Belebung der Konjunktur im Ausland und deren Ausstrahlung auf das Inland wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland wieder anziehen. Dafür spricht die fortgesetzte Verbesserung der Wettbewerbsposition vor allem der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Ihnen ist es in konjunkturell schwierigen Zeiten gelungen, ihre Exportfähigkeit zu erhalten und die Lohnstückkosten weiter unter das Niveau der Wettbewerber – nicht zuletzt aus den alten Bundesländern – zu senken. Unterstützt wurden diese Fortschritte durch einen maßvollen Anstieg der Effektivlöhne, wenngleich die hohen Tarifabschlüsse im Jahr 2002 angetan waren, einen wichtigen Standortvorteil für die Unternehmen in Ostdeutschland zu verspielen.

Im späteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr wird sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland mit der Verbreiterung der Basis der konjunkturellen Belebung in Deutschland und im übrigen Europa kräftigen. Der industrielle Output und die von Privaten erbrachten Dienstleistungen werden von den Nachfrageimpulsen wieder verstärkt stimuliert. Die Bauleistungen werden dagegen mit dem Auslaufen der Sonderentwicklungen aus dem Jahr 2003 erneut deutlich nachlassen. Dazu kommt die erwartete Verschärfung der Sparzwänge in den öffentlichen Haushalten, die eine weitere Kürzung der Investitionsbudgets zur Folge haben dürfte. Insgesamt verbessern sich aber im Jahr 2004 auch für Ostdeutschland die Chancen für eine Erhöhung des Wachstumstempos der gesamtwirtschaftlichen Produktion, obwohl die Euro-Aufwertung etwas dämpft. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 0,5% und damit vorübergehend etwas stärker als in den alten Ländern steigen. Im Jahr 2004 kann mit einem Zuwachs von 1,5% gerechnet werden. Allerdings resultiert reichlich ein halber Prozentpunkt aus der außergewöhnlich hohen Zahl von Arbeitstagen im kommenden Jahr.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2002	2003	2004
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	-1,1	0,5	1,5
Anlageinvestitionen	-10,4	-3,0	-1,7
davon:			
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-10,3	-2,0	2,0
Bauten	-10,4	-3,6	-4,2
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,2	0,5	1,5
darunter Wertschöpfung:			
Verarbeitendes Gewerbe	4,4	3,4	5,4
Baugewerbe	-9,8	-3,0	-3,7
Dienstleistungen ohne Staat [a]	1,6	1,2	2,4
Nachrichtlich: BIP (real) je Einwohner	0,6	1,3	2,2
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland) [b]	5 740	5 665	5 635
Unterbeschäftigte [c]	1 719	1 773	1 765
darunter:			
Arbeitslose, registrierte	1 274	1 327	1 335
Arbeitslosenquote [d]	18,2	19,0	19,2

[a] Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. – [b] Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – [c] Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen. – [d] Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2003); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Der gesamtwirtschaftliche Produktionszuwachs wird vollständig durch die Erschließung von Produktivitätsreserven erwirtschaftet. Eine Entlastung am Arbeitsmarkt zeichnet sich für die nächste Zeit nicht ab. Erst im Verlauf des kommenden Jahres ist wieder mit einem leichten Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe und bei Dienstleistungsunternehmen zu rechnen. Der Beschäftigungsabbau im Baugewerbe, im Bereich Handel und Verkehr sowie im öffentlichen Dienst wird sich dagegen fortsetzen. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte zudem im Zusammenhang mit der vorgesehenen Reduzierung der Förderung von Beschäftigungsverhältnissen am zweiten Arbeitsmarkt zunehmen. Alles in allem wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit noch weit bis in das kommende Jahr anhalten. Im Schnitt werden in diesem und im nächsten Jahr jeweils reichlich 1,3 Millionen Personen als Arbeitslose registriert sein.

Nach der Stockung in den späten neunziger Jahren hat sich Ostdeutschland in den vergangenen beiden Jahren trotz Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Leistung in der Pro-Kopf-Produktion wieder etwas an das westdeutsche Niveau angenähert. Maßgeblich dafür war die demographische Entwicklung. Während die Bevölkerung im Ostteil sank, hat sie sich im Westteil Deutschlands erhöht.

Bei gesunkener Nachfrage in Ostdeutschland wurde zugleich das Defizit in der regionalen „Leistungsbilanz" vor allem durch die Verringerung der Einfuhren aus dem Ausland und aus dem früheren Bundesgebiet etwas abgebaut. Damit dürften auch die Übertragungen und die Transfers der Privaten und der öffentlichen Hand nach Ostdeutschland etwas zurückgegangen sein. In diesem und im nächsten Jahr werden sich der Aufholprozess in der Pro-Kopf-Produktion und der Defizitabbau bei wieder zunehmendem Bruttoinlandsprodukt langsam fortsetzen.

Ostdeutschland spürte im Jahr 2002 die allgemeine Konjunkturschwäche

Überblick

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland hat zwei Jahre in Folge nicht zugenommen. Nach Stagnation im Jahr 2001 ist sie im vergangenen Jahr erstmals nach 1991 gesunken, pro Einwohner betrachtet erhöhte sie sich jedoch weiterhin.

Während das Bruttoinlandsprodukt insgesamt mit 0,2% geringfügig fiel, ging die Beschäftigung

Tabelle 2:
Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung
- in Prozentpunkten des prozentualen Zuwachses der unbereinigten realen Bruttowertschöpfung -

	2000	2001	2002
Bruttowertschöpfung insgesamt[a]	2,0	0,5	0,3
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	1,3	0,8	0,7
Baugewerbe	-1,4	-1,2	-0,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,3	0,5	0,3
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	0,9	0,4	0,4
Öffentliche und private Dienstleister	0,0	-0,1	-0,1
Bruttowertschöpfung der Unternehmen[b]	2,1	0,7	0,4
Unternehmen[b] ohne Baugewerbe	3,5	1,9	1,3
Nachrichtlich: Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,0	-0,2

[a] Die Wachstumsraten der unbereinigten Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts divergieren aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Wertkomponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der unterstellten Bankdienstleistungen, der Gütersteuern und Gütersubventionen. – [b] Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

um 94 000 Personen deutlich zurück. Die Fortschritte auf der Angebotsseite, insbesondere der stärkere Produktivitätsanstieg im ostdeutschen Unternehmenssektor gegenüber Wettbewerbern nicht zuletzt aus dem früheren Bundesgebiet, haben nicht ausgereicht, die Nachfrageeinbußen infolge der Konjunkturschwäche im nationalen und internationalen Umfeld zu kompensieren. Die Warenlieferungen in das Ausland sind zwar noch etwas gestiegen, die Nachfrage der Konsumenten und Investoren in Ostdeutschland war jedoch deutlich abwärts gerichtet. So expandierte die Produktion der Industrie- und der Dienstleistungsunternehmen sichtlich langsamer als in den Jahren zuvor. Impulse aus dem Nachholbedarf im Dienstleistungssektor scheinen außerdem ausgelaufen zu sein. Zudem setzte sich die drastische Abwärtsbewegung im ostdeutschen Bausektor ein weiteres Jahr fort; ohne diesen Rückgang wäre die gesamtwirtschaftliche Leistung nicht gesunken, sondern um reichlich ein halbes Prozent gestiegen. Hinzu kam die Flutkatastrophe im Sommer, die in weiten Teilen Sachsens und Sachsen-Anhalts die wirtschaftlichen Aktivitäten vorübergehend erheblich beeinträchtigte. So wurde die gesamtwirtschaftliche Produktionsschwäche nicht, wie vor einem

Jahr prognostiziert,[1] überwunden, und die ostdeutsche Wirtschaft blieb ein weiteres Jahr beim Wachstum hinter der westdeutschen zurück.

Schwache Einkommensdynamik bremst den privaten Konsum

Infolge der allgemein eingetrübten Konjunkturaussichten, der zunehmenden Verschlechterung der Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und der nur schwach gestiegenen Haushaltseinkommen schränkten die Privathaushalte in Ostdeutschland im Jahr 2002 ihre Konsumausgaben ein. Im November schätzten laut einer Befragung des Instituts für Marktforschung Leipzig 33% der ostdeutschen Haushalte ihre wirtschaftliche Lage in den letzten 12 Monaten als schlechter und 5% der Haushalte als besser ein. Nur 5% der Haushalte blickten mit Zuversicht in die Zukunft, der Anteil der Haushalte mit Befürchtungen war dagegen auf 57% gestiegen.[2]

Diese Umfragedaten überraschen nicht, denn die Bruttoverdienste waren insgesamt erneut leicht rückläufig, insbesondere wegen des starken Beschäftigungsabbaus. Die hohen Tarifabschlüsse im Jahr 2002 mit durchschnittlich 3,1% höheren Stundenlöhnen kamen bei den meisten Arbeitnehmern nicht an. Eine große Zahl von Unternehmen hielt sie für nichtfinanzierbar und sah den Ausweg in der Flucht aus diesem Vertragswerk. Die Tarifbindung bzw. die Orientierung der Betriebe an Branchentarifabschlüssen ging weiter zurück.[3] Die Effektivlöhne je Arbeitnehmer erhöhten sich demzufolge mit 1,6% merklich schwächer als die Tariflöhne. Die Nettolöhne und -gehälter – ein wesentlicher Bestandteil der verfügbaren Einkommen der Haushalte – sind noch stärker als die Bruttoverdienste gesunken, da sich der durchschnittliche Beitragssatz zur Krankenversicherung deutlich erhöhte (von 13,6% auf 13,9%) und die steuerliche Progression nach der weiteren Stufe der Steuerreform im Jahr 2001 nun wieder voll griff.

Tabelle 3:
Verfügbare Einkommen, private Konsumausgaben und Ersparnis in Ostdeutschland[a]

	2000	2001	2002
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Verfügbare Einkommen, nominal	2,5	2,2	0,5
darunter: Monetäre Sozialleistungen	2,1	1,8	4,6
Private Konsumausgaben, nominal	2,9	2,1	-0,1
real	1,6	-0,1	-1,1
Ersparnis	-1,2	2,9	3,4
Sparquote[b]	8,6	8,7	9,0
Preisindex der Lebenshaltung	1,7	2,9	1,0
Nachrichtlich: Tariflöhne je Stunde	2,2	2,6	3,1
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	1,9	1,9	1,6
Reale private Konsumausgaben je Einwohner	2,2	0,7	-0,2

[a] Ohne Berlin. – [b] Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: Mai 2003); Angaben für 2002 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

Dem Rückgang der Erwerbseinkommen stand ein deutlicher Anstieg der monetären Sozialleistungen mit reichlich 4% gegenüber. Das Kindergeld wurde zu Jahresbeginn um über 10% von 138 Euro auf 154 Euro angehoben, die Renten wurden lohnorientiert mit 2,9% zur Mitte des Jahres 2002 kräftig angepasst, und die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld, von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe nahm deutlich zu.

Die schwache Konjunktur, der Einbruch der Aktienkurse und die Senkung der Zinsen schlugen sich auch in den Einkommen der Selbständigen und aus Vermögen nieder. Sie waren, wie in Deutschland insgesamt, rückläufig.

Alles in allem stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 0,5% nur ge-

[1] Die vor einem Jahr abgegebene Prognose für 2002 ging noch von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,5% aus. Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft 2002 und 2003: Schwäche wird überwunden, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2002, S. 248 ff. Nach der Jahrhundertflut war die Prognose zurückgenommen und von Stagnation gegenüber dem Vorjahr ausgegangen worden. Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland vertagt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2002, S. 352 f.

[2] Vgl. INSTITUT FÜR MARKTFORSCHUNG LEIPZIG: Berichtsreihe zur Konsumklimaforschung IV/2002, Ergebnisse einer Umfrage im November 2002 in 937 Haushalten der neuen Bundesländer einschließlich Berlin-Ost, Leipzig, Januar 2003, S. 13 und 49.

[3] Laut einer Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gab es 2002 lediglich für 24% aller Betriebe in den neuen Ländern (nach 27% im Jahr 2001) eine formale Tarifbindung, und 45% der Betriebe orientierten sich am Branchentarifvertrag (nach 48% im Jahr 2001). Vgl. Beschäftigungstrends, Arbeitgeberbefragung des IAB 2002. Infratest Sozialforschung, München, 2003.

ringfügig. Im Unterschied zum Vorjahr expandierten auch die Preise für die Lebenshaltung nur moderat und entzogen somit kaum Kaufkraft. Nach dem Preisschub zu Beginn des Jahres infolge der Anhebung indirekter Steuern sowie der Verteuerung von Lebensmitteln und Dienstleistungen trugen im Jahresverlauf sinkende Preise für Nahrungsmittel und Energieträger letztlich zur Beruhigung des Preisklimas bei. Real sind die verfügbaren Einkommen dennoch gesunken.

Wegen der unsicheren Einkommenserwartungen stockten die privaten Haushalte die Ersparnisse trotz gesunkener Realeinkommen und niedriger Anlage-Zinsen verstärkt auf, Angst- und Vorsorgesparen traten in den Vordergrund. Dies führte zu einem weiteren Anstieg der Sparquote. Die Konsumausgaben stagnierten nominal, real gingen sie das zweite Jahr in Folge zurück.

Anlageinvestitionen weiterhin auf Talfahrt

Die ostdeutschen Bruttoanlageinvestitionen waren 2002 bereits das siebte Jahr in Folge rückläufig. Die Talfahrt hat sich zuletzt sogar deutlich verstärkt. Der Nachfrageeinbruch erreichte im Baubereich in den letzten drei Jahren mit jeweils mehr als 10% dramatische Ausmaße. Ausschlaggebend für die Beschleunigung der Talfahrt im vorigen Jahr waren allerdings die nachlassenden Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Ihr Rückgang von etwa 10% im Jahr 2002 fiel dreimal so stark aus wie im Jahr zuvor. Die anhaltend schwachen Konjunkturperspektiven, aber auch Unsicherheiten infolge des eskalierenden Irak-Konfliktes veranlassten zahlreiche Unternehmen im Osten, wie in Deutschland allgemein, ihre Investitionsvorhaben deutlich zu kürzen bzw. aufzuschieben.

Je Einwohner gerechnet, unterschreiten die Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen – nach Gleichstand Mitte der neunziger Jahre – inzwischen den westdeutschen Wert um etwa 20%. Das gilt für den Wohnungsbau in noch stärkerem Maße. Begünstigt durch staatliche Förderung war der Wohnungsbestand in den neunziger Jahren stark ausgeweitet worden. Das so entstandene Überangebot an Wohnungen wurde bislang trotz der wachsenden Zahl der Haushalte nicht abgebaut. Es nimmt in letzter Zeit wegen des Bevölkerungsrückgangs sogar wieder verstärkt zu und steht einer Ausweitung der Bauinvestitionen in diesem Bereich im Wege. Insgesamt liegen die Anlageinvestitionen pro Kopf wegen des immer noch hohen Niveaus bei den Bauinvestitionen im gewerblichen und öffentlichen Sektor nur um 4% unter dem Stand in den alten Ländern.

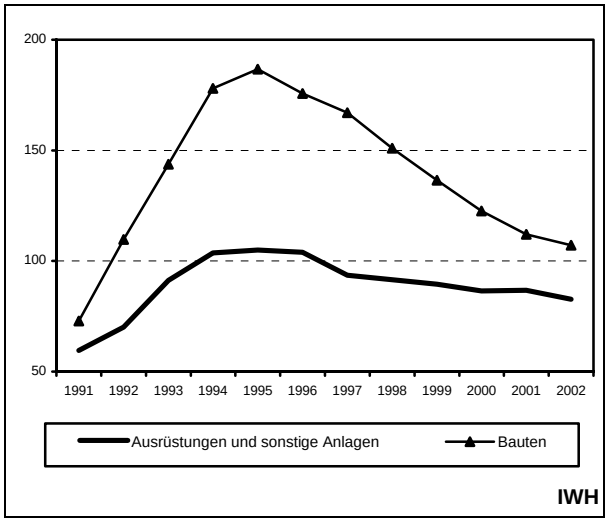
Tabelle 4:
Anlageinvestitionen in Ostdeutschland [a]

	2000	2001	2002	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % [b]			Niveau pro Einwohner [c] ABL = 100
Anlageinvestitionen	-5,5	-9,0	-10,4	95,9
davon:				
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,7	-3,4	-10,3	82,7
Neue Bauten	-11,2	-12,4	-10,4	107,2
davon:				
Wohnbauten	-13,9	-17,2	-12,6	74,9
Nichtwohnbauten	-8,8	-8,2	-8,6	158,3
davon:				
Gewerbliche Bauten	-7,8	-6,3	...	...
Öffentliche Bauten	-10,4	-11,6	...	...

[a] Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – [b] In Preisen von 1995. – [c] In jeweiligen Preisen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2003); Statistisches Bundesamt; ifo-Investorenrechnung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Abbildung 1:
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Ost-West-Vergleich[a]
- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -



[a] Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2003); Statistisches Bundesamt; ifo-Investorenrechnung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Obwohl die Investitionen in den letzten Jahren deutlich rückläufig waren, sind das Anlagevermögen und die Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz

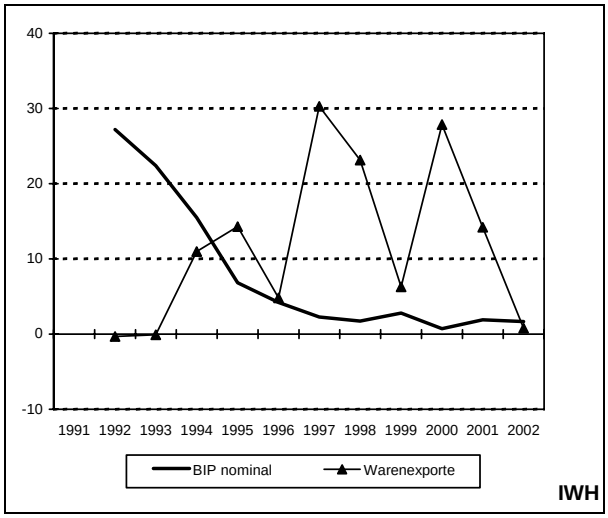
weiterhin gestiegen, wenn auch mit abnehmender Dynamik. Die Produktionsmöglichkeiten haben sich damit auf Seiten der Sachanlagen weiter erhöht.

Ostdeutsche Exporte mit deutlich verringerter Dynamik

Während die Nachfrage der Konsumenten und Investoren in Ostdeutschland zurückging, hat das Ausland trotz der weltweiten Konjunkturschwäche erneut mehr hiesige Produkte gekauft.[4] Wenngleich die Exportdynamik der früheren Jahre bei weitem nicht mehr erreicht wurde, spricht dies für die Nachhaltigkeit der in den letzten Jahren erreichten Fortschritte im Export. Die Zuwachsrate der Warenausfuhr betrug nach vorläufigen Angaben knapp ein Prozent (vgl. Kasten 1).

Die vom Export bis Ende 2001 ausgegangenen kräftigen Produktionsimpulse für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern haben nachgelassen, was sich 2002 auch in einer geringfügig rückläufigen Exportquote von 12,6% widerspiegelt. Am gesamtdeutschen Exportergebnis sind die ostdeutschen Hersteller nunmehr mit 4,5% beteiligt.

Abbildung 2:
Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Warenexporten der neuen Bundesländer
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Statistische Landesämter; Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

Die Schwäche der Weltkonjunktur bekamen die ostdeutschen Exporteure vor allem im Dollarraum sowie auf dem asiatischen Markt zu spüren. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Lieferungen nach Amerika im Jahr 2002 insgesamt um 1,9% zurück, die Lieferungen in die USA sanken sogar um 4%. Gerade in dieser Region waren in den vergangenen Jahren die größten Absatzzuwächse erzielt worden. Insgesamt hat sich das Volumen des Handels mit den Ländern des amerikanischen Kontinents seit 1996 mehr als verfünffacht, was sich auch in einem gestiegenen Anteil an den gesamten Warenausfuhren niedergeschlagen hat (2002: 16,5% gegenüber 1996: 7,7%). Deutliche Einbußen mussten die Exporteure auch auf dem asiatischen Markt hinnehmen. Die Warenausfuhren nach Asien gingen insgesamt um 5% zurück. Die Lieferungen nach Japan (-15,1%) und China (-7,7%) sind regelrecht eingebrochen, während sie in den südostasiatischen Raum moderat zulegten (+4,2%).

Tabelle 5:
Warenexport der neuen Bundesländer nach Warengruppen[a]

	2002	
	Mio. Euro	Anteil in %
Ausfuhr gesamt	29 321	100,0
Ernährungswirtschaft	2 240	7,6
Gewerbliche Wirtschaft	27 081	92,4
davon:		
Rohstoffe	339	1,2
Halbwaren	2 096	7,1
Fertigwaren	24 646	84,1
darunter:		
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	6 506	22,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	3 629	12,4
Maschinenbauerzeugnisse	3 060	10,4

[a] Ein Vergleich mit den Vorjahren ist wegen der Änderung der Klassifikation nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft nicht möglich.

Quellen: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Die Warenlieferungen in die Länder der Europäischen Union, insbesondere nach Österreich, Frankreich und Großbritannien, legten im Jahr 2002 insgesamt mit einer Rate von 3,2% vergleichsweise kräftig zu. Ihr Anteil am gesamten Warenexport beträgt nunmehr knapp 46% und unterstreicht deren Bedeutung als Hauptabsatzmarkt für ostdeutsche Produkte im Ausland. Auch die

[4] Die Darstellung muss sich auf die Warenlieferungen in das Ausland beschränken, da die amtliche Statistik seit 1995 keine Angaben mehr zum „innerdeutschen" Waren- und Dienstleistungsverkehr ermittelt und der Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland nicht nach Bundesländern regionalisiert wird.

Kasten 1:

Auslandsaktivitäten der ostdeutschen Unternehmen im Spiegel der Statistik – ein problembehaftetes Terrain für Analysen

Für die Analyse des Außenhandels der neuen Bundesländer stehen vor allem Informationen der statistischen Ämter auf Bundes- und Landesebene zum Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland, zum Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes und zum Warenhandel mit dem Ausland zur Verfügung. Diese Kennzahlen ergaben zuletzt kein einheitliches Bild.

Auslandsumsatz, Warenausfuhr und Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland

	Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes		Warenausfuhr[a]		Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland	
	Mio. Euro	Veränderung gg. Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gg. Vorjahr in %	Wertindex (2000=100)	Veränderung gg. Vorjahr in %
1997	10 271		15 224		49,9	
1998	13 897	35,3	18 745	23,1	72,1	44,5
1999	15 332	10,3	19 921	6,3	77,6	7,6
2000	19 883	29,7	25 475	27,9	100,0	28,9
2001	22 839	14,9	29 092	14,2	110,5	10,5
2002	23 779	4,1	29 321	0,8	126,9	14,8

[a] Vorläufige Ergebnisse für die Jahre 2001 und 2002.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Während sowohl beim Auslandsumsatz als auch bei der Warenausfuhr im Jahresdurchschnitt 2002 die Zuwächse deutlich geringer ausfielen als im Jahr zuvor, legten die Auslandsorders mit 14,8% noch kräftig zu; die Dynamik vom Vorjahr wurde sogar übertroffen. Nach den Auftragseingängen zu urteilen, hätten die Auslandsgeschäfte viel stärker expandieren müssen als sie tatsächlich von der amtlichen Statistik erfasst worden sind.
Der hohe Jahreswert bei den Auftragseingängen aus dem Ausland ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass im März 2002 umfangreiche Großaufträge im Investitionsgüterbereich eingingen. Unklar ist jedoch, ob diese und viele andere Aufträge in dem betreffenden Kalenderjahr auch abgearbeitet oder eventuell sogar gestrichen wurden. Stornierungen werden in der Auftragseingangsstatistik nachträglich nicht korrigiert. So können Umsatz und Warenausfuhr eine wesentlich ungünstigere Entwicklung anzeigen, als die Auftragseingänge signalisieren.

Warenexporte nach Mittelosteuropa, insbesondere in die Beitrittsländer, stiegen überdurchschnittlich. Neben dem merklichen Zuwachs der Exporte nach Ungarn konnten die Auslandsgeschäfte vor allem mit Polen und der Slowakei kontinuierlich ausgebaut werden. Insgesamt nahm die Bedeutung dieser Region als Absatzmarkt für ostdeutsche Unternehmen wieder leicht zu, nachdem sie noch bis zum Ende der neunziger Jahre stark rückläufig gewesen war. Die Beitrittsländer aus Mittelosteuropa zur Europäischen Union absorbierten 2002 fast 15% der Warenausfuhr aus Ostdeutschland (vgl. Anhang: Tabelle A4).

Zwei Drittel der ostdeutschen Warenausfuhr machen nach wie vor Fertigwaren aus. Im Ausland gefragt sind die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus wie PKW, LKW, Fahrgestelle, Karosserien, Motoren sowie andere Kraftfahrzeugteile und Zubehör. Darüber hinaus werden vor allem Produkte aus den Bereichen Elektrotechnik und Maschinenbau, der chemischen und pharmazeutischen Industrie exportiert. Mehr als die Hälfte aller ostdeutschen Auslandslieferungen kommt inzwischen aus diesen Branchen.

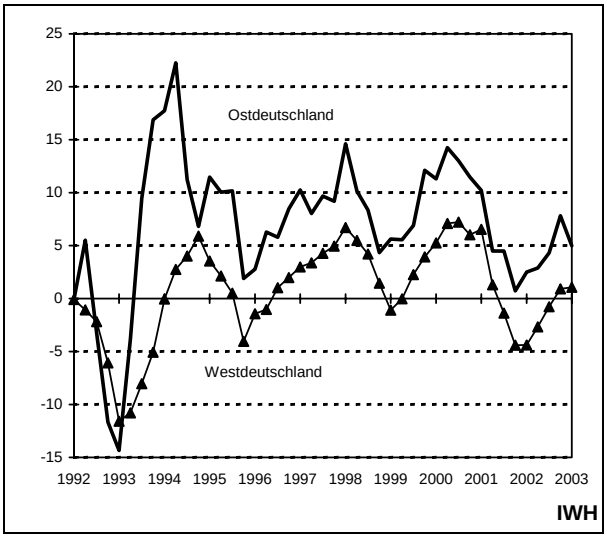
Entwicklung nach Hauptbereichen

Industrieproduktion verliert etwas an Schwung

Das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe hat seine Wettbewerbsposition dank der anhaltenden Verbesserungen auf der Angebotsseite halten oder sogar ausbauen können. Die Arbeitskosten pro Arbeitnehmer sind zwar auch 2002 gestiegen, verglichen mit den hohen Tarifabschlüssen vor allem in der Metallindustrie aber mit 0,7% nur geringfügig; der geringe Organisationsgrad der Arbeitgeber hat das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe in großen Teilen gegenüber Fehlentwicklungen bei den Tarifabschlüssen immunisiert. Bei etwas erhöhter Beschäftigung hat die Produktivität stärker zugenommen als die Arbeitskosten, sodass die Lohnstückkosten ein weiteres Jahr gesunken sind. Sie unterschritten damit das zweite Jahr in Folge den Stand bei der Konkurrenz, nicht zuletzt aus dem früheren Bundesgebiet. Im Jahr 2002 lagen sie bei rund 95% des Niveaus in Westdeutschland. Diese Entwicklungen sprechen für die Nachhaltigkeit des industriellen Fortschritts in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren.

Allerdings ist das Verarbeitende Gewerbe mit der Festigung seiner Marktposition zunehmend in den Sog des weltweiten konjunkturellen Auf und Ab der Wirtschaftsaktivität geraten. Seit Mitte der neunziger Jahre verändert sich der Produktionsausstoß in Ostdeutschland weitgehend parallel zu dem im früheren Bundesgebiet. Dieser Gleichlauf bedeutet jedoch kein Ende des Aufholprozesses in

Abbildung 3:
Entwicklung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands[a]
- Veränderung des Produktionsvolumens gegenüber dem Vorjahresquartal in % -



[a] Angaben für Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten für Ostdeutschland mit Berlin-Ost und Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 6:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen[a]

	2000	2001	2002	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			Niveau[g] ABL = 100
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung[b]	9,8	5,9	4,4	9,1
Beschäftigung	1,3	1,0	0,3	12,8
Produktivität[c]	8,3	4,9	4,1	70,8
Arbeitskosten[d]	3,8	2,3	0,7	67,0
Lohnstückkosten[e]	-4,2	-2,5	-3,2	94,5
Baugewerbe				
Bruttowertschöpfung[b]	-11,8	-11,6	-9,8	22,5
Beschäftigung	-7,7	-11,7	-10,9	36,7
Produktivität[c]	-4,4	0,1	1,2	61,2
Arbeitskosten[d]	1,2	1,8	2,0	77,2
Lohnstückkosten[e]	5,8	1,7	0,8	126,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung[b]	7,2	2,6	1,7	12,4
Beschäftigung	1,3	-0,7	-0,8	17,3
Produktivität[c]	5,9	3,3	2,6	71,7
Arbeitskosten[d]	2,2	1,7	1,9	78,4
Lohnstückkosten[e]	-3,4	-1,6	-0,7	109,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstler				
Bruttowertschöpfung[b]	3,7	1,8	1,6	10,6
Beschäftigung	3,3	2,3	0,8	14,9
Produktivität[c]	0,4	-0,6	0,8	71,3
Arbeitskosten[d]	1,7	0,2	1,2	75,8
Lohnstückkosten[e]	1,3	0,8	0,4	106,3
Unternehmen insgesamt[f]				
Bruttowertschöpfung[b]	2,8	1,0	0,6	11,7
Beschäftigung	-0,7	-2,2	-2,2	17,3
Produktivität[c]	3,6	3,3	2,8	67,9
Arbeitskosten[d]	2,5	1,8	1,7	71,3
Lohnstückkosten[e]	-1,0	-1,4	-1,1	105,0

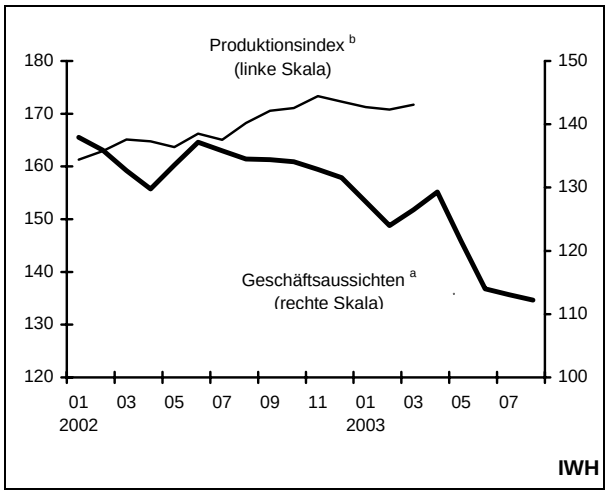
[a] Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – [b] Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – [c] Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – [d] Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – [e] Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – [f] Ohne private Dienstleister. – [g] Niveauvergleich in jeweiligen Preisen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2003); Berechnungen des IWH.

der Industrie, solange die Zuwachsraten im Osten über denen im Westen liegen.

Zur treibenden Kraft hat sich in der ostdeutschen Industrie der Auslandsabsatz entwickelt. Während sich der Inlandsumsatz der ostdeutschen Hersteller trotz sinkender Nachfrage in Deutschland gerade noch behauptete, stieg der Auslandsumsatz 2002 nach wie vor mit 4% überdurchschnittlich stark. Zum Vergleich: Der Inlandsumsatz der Produzenten aus dem früheren Bundesgebiet ging um 3,4% zurück, ihr Auslandsumsatz stieg um 1%.

Abbildung 4:
Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe



[a] Differenz aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen zu den um drei Monate nach vorn versetzten Geschäftsaussichten, um 100 Punkte verschoben und saisonbereinigt. – [b] Nachrichtlich: Saisonbereinigter Produktionsindex (1995 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Die industrielle Produktion wird aufgrund der gefestigten Wettbewerbsposition der ostdeutschen Unternehmen auch in diesem und im nächsten Jahr zulegen können. Solange die Nachfrage der Konsumenten und Investoren in Ostdeutschland nach Industriegütern schwach bleibt, und darauf weisen beispielsweise die Investitionspläne der Industrie selbst hin,[5] ist der Produktionszuwachs auf Anregungen aus dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland angewiesen. Die Industrie ist zwar noch relativ gut in das Jahr 2003 gestartet, für das Frühjahr und die Sommermonate signalisieren die Geschäftserwartungen der Unternehmen aber kaum Zuwächse. Obwohl die Unsicherheit nach dem Ende des Irak-Krieges gewichen ist, der Kostendruck von den hohen Erdölpreisen in den Unternehmen nachgelassen und die anhaltende Aufwertung des Euro die Käufe von Vorprodukten aus dem Dollarraum verbilligt hat, wirken die immer noch schwachen Aussichten in der Weltwirtschaft, die Euro-Aufwertung und der bislang ausgebliebene Durchbruch bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland dämpfend auf die Absatz- und Produktionserwartungen. Infolge all dieser Belastungen wird sich das Wachstumstempo der Industrieproduktion in diesem Jahr verlangsamen. Wenn sich die Konjunktur im späteren Jahresverlauf belebt und im nächsten Jahr festigt, wird auch die Industrieproduktion in Ostdeutschland wieder verstärkt expandieren. Die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes wird in diesem Jahr mit 3,4% und im nächsten Jahr mit 5,4% zulegen.

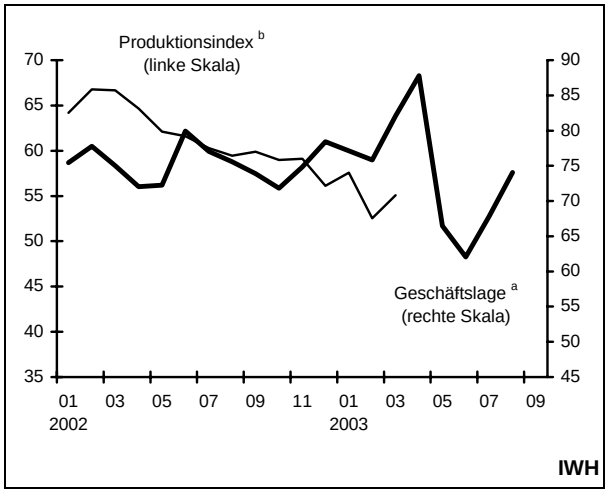
Bauproduktion mit verlangsamtem Rückgang

Im Unterschied zur Industrie hat sich die Lohnkostenbelastung der Produktion im Baugewerbe ein weiteres Jahr erhöht. Wegen der hohen Überkapazitäten wurde das Personal zwar erneut drastisch reduziert, sodass sich die Produktivität der verbliebenen Arbeitskräfte rechnerisch etwas erhöhte. Da die Arbeitskosten jedoch stärker stiegen als die Produktivität, zogen sie auch die Lohnstückkosten mit in die Höhe, wenn auch weniger stark als in den Jahren zuvor. Der Anpassungsbedarf der Baubetriebe bleibt im Durchschnitt mit einer um rund ein Viertel höheren Lohnkostenbelastung als in Westdeutschland alles in allem hoch.

Der Kapazitätsabbau im Baugewerbe hat bislang – trotz der kräftigen Reduzierung der Beschäftigung in den vergangenen Jahren – nicht Schritt gehalten mit der Anpassung der Nachfrage an ein langfristig tragfähiges Niveau. In diesem Jahr wird sich die Abwärtsbewegung allerdings aufgrund von Sondereffekten – wie den länger laufenden Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden und Vorzieheffekten infolge der angekündigten Kürzungen bei der Eigenheimzulage – zeitweilig verlangsamen. Darauf deuten die amtlichen Konjunkturindikatoren, wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen, aber auch die IWH-Bauumfrage zur Geschäftsentwicklung hin. Laufen diese Einflüsse aus, wird sich der Rückgang erneut verstärken.

[5] Die IWH-Industrieumfrage vom März 2003 signalisiert für das laufende Jahr – auch aufgrund einiger Großprojekte – ein geringfügiges Plus.

Abbildung 5:
Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe



[a] Differenz aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen zur Geschäftslage, fortgeschrieben mit den Geschäftsaussichten, um 100 Punkte verschoben und saisonbereinigt. – [b] Nachrichtlich: Saisonbereinigter Produktionsindex (1995 = 100). Da diese Angabe für das Ausbaugewerbe nicht vorliegt, wird hilfsweise auf den vom Statistischen Bundesamt berechneten Produktionsindex des Bauhauptgewerbes zurückgegriffen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Die Nachfrage im *Wohnungsbau* bleibt in der Grundtendenz abwärtsgerichtet. Unverändert negativ wirken hier die Fundamentalfaktoren wie Bevölkerungsrückgang, hohe Leerstände und Arbeitsplatzunsicherheit. Nach wie vor müssen Investoren wegen möglicher Vermietungsprobleme oder hinzunehmender Mietabschläge mit Renditerückgängen rechnen, sodass eine Tendenzumkehr im Mietwohnungsbau nicht zu erwarten ist. Auch die Bauleistungen an bestehenden Gebäuden werden wohl angesichts der geringen Eigenkapitalbasis der Wohnungsunternehmen und der privaten Vermieter weiterhin sinken. Eine grundlegende Änderung ist unter diesen Bedingungen auch vom KfW-Modernisierungsprogramm nicht zu erwarten, selbst wenn von Vorzieheffekten bei privaten Eigennutzern auszugehen ist. Stützend wird sich dagegen in diesem Jahr der Eigenheimbau auswirken. Die angekündigten Kürzungen bei der Eigenheimzulage haben die privaten Haushalte zu vorgezogenen Investitionsentscheidungen veranlasst (vgl. Baugenehmigungen in Übersicht 2 des Anhangs). Diese Tendenz könnte sich angesichts der wieder aufgeflammten Diskussion über den notwendigen Subventionsabbau – die Eigenheimzulage eingeschlossen – sogar noch etwas verstärken und länger anhalten. Zusätzlich angeregt durch niedrige Kapitalmarktzinsen und Baupreise, wird sich deshalb der Rückgang im Wohnungsneubau vorübergehend verlangsamen. Insgesamt werden die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr um 4% und im nächsten Jahr um 5% abnehmen.

Tabelle 7:
Entwicklung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland[a]
- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1995 -

	2002	2003	2004
Bauinvestitionen insgesamt	-10,4	-3,6	-4,2
davon:			
Wohnbauten	-12,6	-4,0	-5,0
Nichtwohnbauten	-8,6	-3,3	-3,6
davon:			
Gewerbliche Bauten	...	-5,0	-2,0
Öffentliche Bauten	...	0,0	-6,5

[a] Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2003); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Auch im *gewerblichen Bau* wird sich die seit 1995 anhaltende Abwärtsbewegung in der Tendenz fortsetzen. Der zu Jahresanfang nochmals stark beschleunigte Rückgang von Aufträgen aus der Wirtschaft deutet darauf hin, dass auch die Bauten von der allgemeinen Investitionszurückhaltung des Gewerbes stark betroffen sind. Die Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude deuten aber für die nahe Zukunft auf eine Beruhigung im Abwärtstrend hin. Nach den Investitionsplänen der vom IWH befragten Unternehmen sind in der Industrie sogar geringfügige Impulse aus der baulichen Erweiterung zu erwarten. Insbesondere Investitions- und Verbrauchsgüterproduzenten beabsichtigen, nach mehrjähriger Zurückhaltung nun die Investitionsausgaben für Bauten zu erhöhen. Wie schnell allerdings die Planvorhaben auch in konkrete Aufträge und damit Bauleistungen umgesetzt werden, hängt sehr stark von der Festigung des Erholungsprozesses der Wirtschaft insgesamt ab. Da dieser erst gegen Jahresende einsetzen dürfte, wird die Nachfrage nach gewerblichen Bauten im Jahr 2003 mit 5% nochmals kräftig zurückgehen. Im nächsten Jahr wird die Entwicklung im Wirtschaftsbau mit einem Rückgang von 2% im Jahresdurchschnitt wohl etwas weniger ungünstig verlaufen.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* werden in diesem Jahr bestenfalls stagnieren, im nächsten Jahr sogar um 6,5% abnehmen. Insbesondere die in Sachsen geplanten Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden tragen dazu bei, dass es in diesem

Jahr wohl zu keinem erneuten Rückgang kommt. Angesichts der kritischen Lage der öffentlichen Haushalte fällt der davon ausgehende Impuls aber bei weitem nicht mehr so stark aus wie ursprünglich veranschlagt. Im nächsten Jahr schlägt die Einschränkung der Finanzierungsspielräume von Bund, Ländern und Gemeinden voll auf die Investitionen durch. Dies kann auch durch die geplanten Zinsvergünstigungen des KfW-Infrastrukturprogramms nicht aufgehalten werden.

Im Gefolge der Nachfrageentwicklung sinkt die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im laufenden Jahr um rund 3% und im Jahr 2004 um 3,7%. Ohne die zusätzlichen Arbeitstage würde der Rückgang 2004 mit 5% deutlich stärker ausfallen.

Kaum noch Nachholeffekte bei privatwirtschaftlichen Dienstleistungen

Im privatwirtschaftlichen Teil des tertiären Sektors haben sich im vergangenen Jahr die Angebotsbedingungen sehr uneinheitlich entwickelt. Auf die durchgängig gestiegenen Arbeitskosten haben die Unternehmen im Handel, Gastgewerbe und Verkehr im Schnitt mit Entlassungen reagiert, sodass dort die Beschäftigung gesunken ist. Dagegen haben die Unternehmensdienstleister die Beschäftigung aufgestockt. Wegen des Arbeitsplatzabbaus bei Finanzdienstleistern und Versicherungen ergibt sich für den gesamten Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister per saldo nur ein geringer Beschäftigungszuwachs. Weil die Produktivität hier langsamer als die Arbeitskosten gestiegen ist, haben sich auch die Lohnstückkosten etwas erhöht. Im Unterschied dazu gingen sie im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr zurück. Ursächlich dafür ist der gegenüber den Arbeitskosten stärkere Produktivitätsanstieg, der jedoch rein rechnerisch zu einem Drittel auf der „Entlassungsproduktivität“ beruht. Insgesamt hat sich die Lohnkostenbelastung der Wertschöpfung im privatwirtschaftlichen Teil des tertiären Sektors ein weiteres Jahr verringert. Sie liegt jedoch im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr um 9% und im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister um 6% über dem Niveau bei den Anbietern aus dem früheren Bundesgebiet.

Trotz der leichten Verbesserung der Lohnstückkostensituation hat die Dynamik der Wertschöpfung 2002, wie im Jahr davor, gegenüber den neunziger Jahren nachgelassen. Sie entspricht inzwischen in etwa dem Wachstumstempo im früheren Bundesgebiet. Neben der Konjunkturschwäche im nationalen und internationalen Umfeld zeigen sich darin auch die strukturellen Defizite bei Dienstleistungsangeboten sowie die allmähliche Auflösung des aus DDR-Zeiten überkommenen Nachholbedarfs der ostdeutschen Wirtschaft an Dienstleistungen von Unternehmen. Hinzu kommt, dass viele für Unternehmen tätige Dienstleister – neuerdings nicht nur die baunahen – deren Produktionsschwäche zu spüren bekommen haben und der Rückgang der Realeinkommen der privaten Haushalte die Nachfrage nach konsumnahen Dienstleistungen vor allem im Bereich des Einzelhandels und des Gastgewerbes gedämpft hat. Schließlich hat auch die Abnahme der Einwohnerzahl die Kaufkraft im Osten beeinträchtigt und eine geringere Nachfrage an konsumnahen Dienstleistungen nach sich gezogen.

Für den Beginn des laufenden Jahres signalisiert die Beschäftigungsentwicklung eine deutliche Nachfrage- und Produktionsschwäche im Dienstleistungssektor. Laut Branchenumfragen ist auch für die kommenden Monate nicht mit einer Wende zum Besseren zu rechnen.[6] So dürften die in Ostdeutschland privatwirtschaftlich angebotenen Dienstleistungen mit der erwarteten Belebung der Nachfrage von Konsumenten und Investoren erst im späteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr expandieren. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wird die Bruttowertschöpfung im Zusammenhang mit der Belebung des Konsums in diesem Jahr nur um 1,2% und 2004 um 2,8% zunehmen, im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit anziehender Konjunktur um 1,1% bzw. 2%. Vor allem im Sektor Handel, Gastgewerbe und Verkehr tragen die zusätzlichen Arbeitstage im kommenden Jahr deutlich zum Anstieg bei.

Weitere Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt

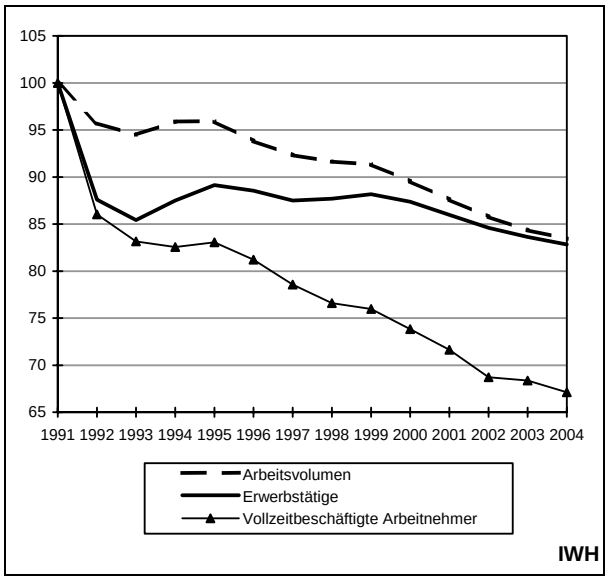
Die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2002 im Gefolge der ausgeprägten Produktionsschwäche weiter verschlechtert. Dies zeigt sich am deutlichsten im Rückgang des Arbeitsvolumens. Die Zahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden sank gegenüber dem Vorjahr um

---

6 Vgl. beispielsweise ZEW: Verhaltener Jahresauftakt bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, Branchenreport Dienstleister der Informationsgesellschaft Nr. 1/2003, April 2003, S. 4.

2,1%. Die Beschäftigung nahm „nur“ um 1,6% (94 000 Personen) ab. Darin zeigt sich, dass der Anteil von „klassischen“ Teilzeitarbeitsplätzen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen stärker zugenommen hat als der von Vollzeitarbeitsplätzen zurückgegangen ist. Zudem setzen die Unternehmen verstärkt Instrumente zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten wie beispielsweise Arbeitszeitkonten ein. Damit können in einer Schwächephase Überstunden kompensiert werden.

Abbildung 6:
Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen von 1991 bis 2004 in Ostdeutschland
- 1991 = 100 -



Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2003); IAB; Berechnungen und Prognose des IWH.

Besonders kräftig war der Beschäftigungsabbau wieder im Baugewerbe, in dem per saldo 77 000 Arbeitsplätze verloren gingen. Das entspricht einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in diesem Bereich um etwa 11%. Auch im Sektor Handel, Gastgewerbe und Verkehr, im öffentlichen Dienst und in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei nahm die Beschäftigung ab. Der Personalaufbau bei den Unternehmensdienstleistern, der in den Vorjahren recht kräftig war, flachte im Jahr 2002 deutlich ab: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in diesem Bereich nur noch um 6 000 Personen. Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Beschäftigung – begünstigt durch die sinkende Lohnkostenbelastung der Produktion – wieder etwas zu.

In der Beschäftigungsentwicklung zeigte sich auch im vergangenen Jahr die fortgesetzte Rückführung des zweiten Arbeitsmarktes. In Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und in traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen waren 29 000 Personen und damit etwa 20% weniger gefördert als im Vorjahr.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm mit 15 000 Personen deutlich geringer zu als die Zahl der Erwerbstätigen sank. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass sich wegen der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung viele Erwerbspersonen in die Stille Reserve zurückgezogen haben. Viele ältere Langzeitarbeitslose nehmen vorruhestandsähnliche Maßnahmen (§ 428 SGB III) in Anspruch. Zum Teil wurden auch Personen, die ihren verschärften Pflichten zur Mitwirkung bei der Vermittlung nicht nachgekommen sind, nicht mehr als Arbeitslose registriert. Die durchschnittliche Arbeitslosenzahl betrug im vergangenen Jahr 1,274 Mio. Die Zahl der Unterbeschäftigten insgesamt lag bei 1,719 Mio. Damit stieg erstmals wieder die Unterbeschäftigung, nachdem sie seit Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich abgenommen hatte.

Im Jahr 2003 wird die Zahl der Erwerbstätigen wegen der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung um 75 000 Personen bzw. 1,3% zurückgehen; das Arbeitsvolumen wird um etwa 1,8% sinken. Im kommenden Jahr, wenn sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wieder kräftigt, wird die Beschäftigung langsamer zurückgehen. Das Arbeitsvolumen wird um etwa 0,8% abnehmen.

Wie in den Vorjahren konzentriert sich auch in diesem Jahr der Personalabbau auf das Baugewerbe und den öffentlichen Sektor. Im Baugewerbe wird sich der Beschäftigungsrückgang infolge der Fortführung der Aufbauarbeiten nach der Flutkatastrophe allerdings abschwächen. Im Jahr 2004 werden in diesem Bereich per saldo nochmals etwa 30 000 Arbeitsplätze verloren gehen. Im öffentlichen Sektor wird der Stellenabbau in diesem und im nächsten Jahr fortgesetzt. Wegen der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte wird die bis 2009 vereinbarte stufenweise Tariflohnangleichung an das Westniveau nicht ohne weitere Personalkürzungen vonstatten gehen können. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr kommt es in diesem Jahr nochmals zu einer Reduzierung der Beschäftigtenzahl; im nächsten Jahr dürfte hier der Beschäftigungsabbau auslaufen. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern und im Verarbeitenden Gewerbe wird im kommenden Jahr der Personalbestand etwas aufgestockt werden.

Die Beschäftigungsentwicklung wird weiterhin durch die Rückführung von traditionellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beeinflusst. Die Zahl der geförderten Personen wird in diesem Jahr nochmals um 21 000 Personen und im nächsten Jahr um 28 000 Personen abnehmen. Hinzu kommt, dass die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission einschließlich der Neuregelung des Niedriglohnbereichs in diesem Jahr noch keine spürbare und im Jahr 2004 nur eine bescheidene Entlastung am Arbeitsmarkt bewirken wird (vgl. Kasten 2).[7]

Kasten 2:

Bislang kaum Beschäftigungseffekte der Arbeitsmarktreformen

Bis Ende Mai dieses Jahres waren laut Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland ca. 170 Personal-Service-Agenturen (PSA) mit insgesamt 9 200 Beschäftigten vorgesehen, wobei in nächster Zeit noch weitere Ausschreibungen von PSA folgen sollen. Für das Jahr 2003 ist geplant, dass pro 100 Arbeitslose ein PSA-Platz bereitgestellt wird. Angaben über die gegenwärtig tatsächlich in PSA vermittelten Personen liegen nicht vor.

Im Rahmen des Programms „Kapital für Arbeit", das die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen an Unternehmen für die Einstellung von Arbeitslosen regelt, gab es nach Angaben der KfW bis Ende Mai dieses Jahres in den neuen Bundesländern 161 Kreditzusagen. Insgesamt wurden für 55,3 Mio. Euro Kredite ausgereicht. Dabei sind 653 Arbeitslose eingestellt worden.

Für den Aufbau einer „Ich-AG" nahmen laut Bundesanstalt für Arbeit bislang etwa 7 500 Personen einen Existenzgründerzuschuss in Anspruch.

Seit Anfang dieses Jahres hat die registrierte Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland stark zugenommen. Dies ist neben der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf die starke Einschränkung bei den traditionellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und auf den strengen Winter zurückzuführen. Im weiteren Verlauf des Jahres wird sich zwar der Anstieg der Arbeitslosigkeit verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt erhöht sich die registrierte Arbeitslosigkeit jedoch um 53 000 Personen und beträgt dann knapp 1,33 Millionen. Im kommenden Jahr wird die registrierte Arbeitslosigkeit nur noch leicht zunehmen. Alles in allem ist nicht vor Ende 2004 mit einer Besserung am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Tabelle 8:
Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland[a]
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % -

	2002	2003	2004
Produzierendes Gewerbe	-4,6	-1,8	-1,4
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	0,3	0,0	1,2
Baugewerbe	-10,9	-4,4	-4,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0,8	-1,1	0,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	0,8	0,1	0,6
Öffentliche und private Dienstleister	-2,4	-3,1	-1,7
Erwerbstätigkeit insgesamt[b]	-1,6	-1,1	-0,6

[a] Ohne Berlin. – [b] Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen.

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2003); Berechnungen und Prognose des IWH.

Defizit in der regionalen „Leistungsbilanz" sinkt

Abschließend stellt sich die Frage, wie sich die aktuelle Entwicklung von Produktion und Nachfrage auf das Hauptproblem der ostdeutschen Wirtschaft auswirkt: die unzureichende Leistungskraft im Vergleich zur investiven und konsumtiven Absorption. Trotz Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Aktivität ist die Pro-Kopf-Produktion gestiegen, sodass Ostdeutschland in den vergangenen beiden Jahren nach der Stockung in den späten neunziger Jahren gegenüber Westdeutschland wieder etwas aufgeholt hat. Pro Einwohner entspricht die Leistung jetzt 63% des westdeutschen Niveaus. Maßgeblich für die Annäherung war die demographische Entwicklung. Während die Bevölkerung im Ostteil sank, hat sie sich im Westteil Deutschlands erhöht. Auch bei Einkommen und Konsum kommt der Aufholprozess weiter langsam voran. Die Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen und Pro-Kopf-Ausgaben in Ostdeutschland beträgt ge-

[7] Bereits im Herbstgutachten 2002 der Wirtschaftsforschungsinstitute wurden die Erwartungen hinsichtlich der Arbeitsplatzwirkungen der Hartz-Vorschläge deutlich gedämpft. Vgl. DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2002, S. 446 ff.

genüber Westdeutschland inzwischen 83%. Insgesamt würde das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt inzwischen aber ausreichen, um drei Viertel der Nachfrage durch die in der Region entstandenen Einkommen zu sichern.

Tabelle 9:
Ausgewählte Pro-Kopf-Angaben im Ost-West-Vergleich[a]
- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	1995	2002	2003	2004
Bruttoinlandsprodukt	59,6	62,7	63,5	64,1
Verfügbare Einkommen	77,8	82,8	83,6	84,4
Privater Konsum	77,8	83,2	83,9	84,7
Ersparnis	70,4	69,0	69,3	69,5

[a] Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen und Prognose des IWH.

Verändert hat sich die Situation in den letzten beiden Jahren dadurch, dass sich die Nachfrage der hier ansässigen Konsumenten und Investoren bei Stagnation der Produktion verringert hat. Bei geringfügig gestiegenen Ausfuhren in das Ausland spricht dies für eine deutliche Abnahme der Einfuhr an Konsum- und Investitionsgütern aus dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland nach Ostdeutschland.

Der Rückgang der Realeinkommen wurde dadurch abgefedert, dass sich der Kaufkraftvorteil im Osten wieder etwas erhöht hat (vgl. Anhang Tabelle A3). Während der Abstand bei den Mieten etwa gleich geblieben ist, sind insbesondere die Preise für Kleidung und Schuhe sowie für Güter der Haushaltsführung in Ostdeutschland langsamer gestiegen als in Westdeutschland. Unter Einbeziehung des Kaufkraftunterschieds hatten die Ostdeutschen im Jahr 2002 im Durchschnitt pro Kopf ein Einkommen zur Verfügung, das knapp 91% des Einkommens eines Westdeutschen entsprach.

Rückläufig waren aber auch die Anlageinvestitionen. Weniger neue Bauten und Ausrüstungen bedeuten zwar auch einen geringeren Zuwachs an Produktionspotenzial. Solange die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten aber bei weitem nicht ausgeschöpft werden, handelt es sich hier um eine Korrektur früherer Fehlentwicklungen. Kennzeichen dafür sind die hohen Leerstände bei Wirtschafts- und Wohnbauten. In diesem Bereich entspricht der Rückgang der Anlageinvestitionen einer Gesundung der Verhältnisse. Anders ist die Verringerung der Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen zu bewerten. Diese fehlen bei der Schaffung neuer oder der Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze. Die Reduzierung der hohen Unterbeschäftigung, die bei rund zwei Millionen Personen liegt, verlangt dagegen einen kräftigen Investitionsschub. Die Orientierung kann hier aber nicht allein darin bestehen, neue Investoren durch großzügige Förderung anzulocken. Vielmehr müssen in ganz Deutschland die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert und damit Anreize für mehr Beschäftigung gesetzt werden. Die Agenda 2010 enthält dazu erste Schritte.

Mit der Verringerung des Defizits in der regionalen „Leistungsbilanz“ dürften die Kapitalimporte, aber auch die Übertragungen und die Transfers der Privaten und der öffentlichen Hand nach Ostdeutschland etwas zurückgegangen sein. In diesem und im nächsten Jahr werden sich der Aufholprozess in der Pro-Kopf-Produktion und der Defizitabbau in der Leistungsbilanz bei wieder zunehmendem Bruttoinlandsprodukt tendenziell fortsetzen.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)
Hans-Ulrich Brautzsch, Ruth Grunert,
Ingrid Haschke und Brigitte Loose

* * *

Anhang

Tabelle A1:
Reale Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1996 bis 2002

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttowertschöpfung	*in Millionen Euro (Preise von 1995)*						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	4 496	4 790	5 231	5 508	5 201	5 467	5 172
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	31 526	32 776	34 016	34 805	37 821	39 650	41 198
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 579	1 287	1 264	1 234	1 048	...	...
Verarbeitendes Gewerbe	23 212	25 390	26 914	27 757	30 364	32 143	33 562
Energie- und Wasserversorgung	6 735	6 099	5 839	5 914	6 409	...	...
Baugewerbe	31 267	30 087	26 790	24 745	21 835	19 293	17 408
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	31 170	31 404	32 480	35 906	38 497	39 513	40 191
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	18 787	18 421	18 865	19 463	19 362	...	...
Gastgewerbe	2 216	2 125	2 010	1 984	1982	...	...
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10 167	10 858	11 614	14 458	17 154	...	...
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	41 926	44 720	47 529	49 454	51 296	52 198	53 029
Kredit- und Versicherungsgewerbe	6 141	6 888	7 300	8 280	8 466	...	...
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	35 785	37 832	40 230	41 173	42 830	...	...
Öffentliche und private Dienstleister	54 860	55 664	55 042	55 991	55 945	55 632	55 343
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	17 615	17 755	17 593	17 517	17 285	...	...
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	37 245	37 909	37 494	38 474	38 660	...	...
Bruttowertschöpfung insgesamt	195 246	199 442	201 097	206 408	210 595	211 755	212 341
Erwerbstätige	*in 1 000 Personen*						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	226,1	223,9	224,7	220,8	210,6	201,6	195,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	983,4	963,7	967,0	947,2	952,6	957,1	958,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	31,4	25,2	21,8	18,8	15,7	14,9	
Verarbeitendes Gewerbe	880,0	870,2	879,4	866,1	877,7	886,0	888,7
Energie- und Wasserversorgung	72,1	68,3	65,8	62,3	59,3	56,2	
Baugewerbe	1 019,0	970,9	905,4	864,8	798,4	704,7	628,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 364,2	1 371,4	1 389,5	1 413,5	1 431,6	1 422,1	1 410,1
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	797,8	814,9	821,1	833,8	844,9	835,5	
Gastgewerbe	201,7	206,9	227,4	240,1	245,4	247,5	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	364,7	349,6	341,1	339,7	341,3	339,1	
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	583,4	605,8	648,8	684,5	706,9	723,4	729,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	119,5	120,3	121,9	122,1	122,6	120,7	
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	463,9	485,4	526,9	562,3	584,4	602,7	
Öffentliche und private Dienstleister	1 831,5	1 800,0	1 813,7	1 850,9	1 827,0	1 824,7	1 819,0
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	533,4	518,1	518,1	514,5	504,0	491,6	
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	1 298,1	1 281,8	1 295,5	1 336,4	1 322,9	1 333,1	
Erwerbstätige insgesamt	6 007,7	5 935,6	5 949,1	5 981,8	5 927,1	5 833,6	5 740,2

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2003).

Tabelle A2:
Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten 1991 bis 2002

	1991	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen Euro (jeweilige Preise)								
Bruttoinlandsprodukt	104 555	200 821	209 269	214 031	217 711	223 805	225 397	229 660	233 502
Privater Konsum	100 467	144 281	152 006	155 666	159 832	167 669	172 580	176 242	176 099
Staatskonsum	39 727	63 957	64 994	63 824	64 229	65 490	66 316	67 180	67 905
Anlageinvestitionen	46 306	99 341	93 725	88 573	84 785	81 723	77 669	69 858	62 074
Inlandsverwendung[a]	186 500	307 579	310 725	308 063	308 846	314 882	316 565	313 280	306 078
Saldo[b]	-81 945	-106 758	-101 456	-94 032	-91 135	-91 077	-91 168	-83 620	-72 576
	in Millionen Euro (Preise von 1995)								
Bruttoinlandsprodukt	143 107	200 821	207 297	210 697	211 631	216 766	219 998	220 012	219564
Privater Konsum	131 546	144 281	148 764	148 876	150 942	158 167	160 739	160 559	158 869
Staatskonsum	51 325	63 957	64 253	63 721	64 175	64 231	64 199	64 193	64 046
Anlageinvestitionen	50 825	99 341	94 079	89 029	85 310	82 889	78 327	71 309	63 922
Inlandsverwendung[a]	233 696	307 579	307 096	301 626	300 427	305 287	303 265	296 061	286 837
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Bruttoinlandsprodukt		4,5	3,2	1,6	0,4	2,4	1,5	0,0	-0,2
Privater Konsum		5,1	3,1	0,1	1,4	4,8	1,6	-0,1	-1,1
Staatskonsum		0,7	0,5	-0,8	0,7	0,1	-0,1	0,0	-0,2
Anlageinvestitionen		1,3	-5,3	-5,4	-4,2	-2,8	-5,5	-9,0	-10,4
Inlandsverwendung[a]		2,9	-0,2	-1,8	-0,4	1,6	-0,7	-2,4	-3,1

[a] Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: Privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – [b] Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: Mai 2003); Schätzung der Nachfrageaggregate für 2001 bzw. 2002 durch das IWH.

Tabelle A3:
Kaufkraftparitäten (KKP) 1991 bis 2002 in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland

	Warenkorb 1995 in (%)[a]		Kaufkraftparität (ABL=100)					
Ausgaben nach Gruppen	ABL	NBL	1991	1993	1995	1997	1999	2002
Nahrungsmittel, Getränke	16,74	19,61	93,6	92,2[b]	91,4	91,3	91,2	91,8
Bekleidung, Schuhe	6,77	7,00	101,9	98,6[b]	97,0	96,2	95,6	92,1
Wohnungsmieten	23,37	17,80	18,8	66,6[c]	72,3[c]	86,0[c]	89,3[c]	89,5[d]
Energie, Wasser	5,33	6,51	70,6	93,9[b]	90,1	92,5	93,4	93,0
Haushaltsführung	6,65	8,47	97,6	95,5[b]	93,9	93,3	92,8	91,7
Gesundheit, Körperpflege	3,64	1,88	61,3	86,3[b]	96,4	102,8	101,0	103,7
Verkehr, Nachrichten	15,95	16,68	93,3	96,0[b]	96,2	96,7	96,9	97,1
Bildung, Unterhaltung	10,66	11,99	92,2	93,9[b]	97,4	99,2	99,2	100,9
Persönliche Ausstattung	10,89	10,07	91,4	95,3[b]	97,9	98,8	98,9	98,0
KKP (gekreuzter Warenkorb)			63,3	87,9	90,3	93,5	94,2	92,9
Kaufkraftvorteil (in %)[e]			**58,0**	**13,8**	**10,7**	**7,0**	**6,2**	**7,6**
KKP (gekreuzter Warenkorb, wenn Parität der Miete = 1)			92,6	95,5	95,9	96,5	96,4	95,0

[a] Für die Bestimmung der mittleren Kaufkraftparität ($KKP_{\text{gekreuzter Warenkorb}}$) wird ein konstanter Warenkorb – der des Jahres 1995 – als Gewichtung verwendet. – [b] Parität der Ausgabengruppe aus dem „50 Städtevergleich" des Statistischen Bundesamtes im Jahr 1993. – [c] Parität der Wohnungsmiete je m^2 der Bruttokaltmiete aus DIW-Gutachten auf Basis des SOEP. – [d] Für die Parität der Bruttokaltmiete im Jahr 2002 wurden die Werte des SOEP aus dem Jahr 2000 (88,3) fortgeschätzt (vgl. DIW-Wochenbericht 41/01). – [e] Preisvorteil in Ostdeutschland im Vergleich zu einer hypothetischen Einkommensverwendung in Westdeutschland. Z. B. müssten bei unterstellten westdeutschen Preisen in Ostdeutschland im Jahr 2002 7,6% mehr des Geldbetrages für den gekreuzten Warenkorb ausgegeben werden. (Berechnung: KKP-West / KKP-Ost in %)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH (Methodik in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/1997).

Tabelle A4:
Warenexport der neuen Bundesländer nach Regionen

	2002		2000	2001	2002
	Mio. Euro	Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Ausfuhr gesamt	29 321	100,0	27,9	14,2	0,8
Europa	20 378	69,5	22,4	8,9	1,7
darunter: Europäische Union	13 332	45,5	21,1	1,7	3,2
darunter:					
Frankreich	2 079	7,1	16,4	1,0	8,9
Italien	2 008	6,8	23,9	16,2	-4,7
Großbritannien	1 946	6,6	20,9	-13,5	6,2
Niederlande	1 520	5,2	23,4	-2,2	-3,3
Österreich	1 098	3,7	27,7	-6,9	14,3
darunter: EU-Beitrittsländer [a]	4 280	14,6	36,1	21,7	4,4
darunter:					
Estland	40	0,1	40,4	5,5	-7,4
Lettland	59	0,2	27,5	1,1	-2,1
Litauen	106	0,4	24,7	26,3	21,8
Polen	1 607	5,5	41,4	3,9	7,3
Tschechische Republik	1 392	4,7	29,5	32,5	-2,7
Slowakei	431	1,5	67,4	62,2	6,4
Ungarn	537	1,8	26,3	48,7	14,4
Slowenien	109	0,4	22,7	-5,5	3,4
Russland	692	2,4	-11,9	19,6	3,7
Amerika	4 846	16,5	65,7	37,3	-1,9
darunter: USA	3 799	13,9	97,4	39,1	-4,0
Asien	3 194	10,9	29,4	16,1	-5,0
darunter: Südostasien [b]	1 026	3,5	49,2	33,1	4,2
Japan	513	1,7	25,4	-0,1	-15,1
China	569	1,9	25,5	13,6	-7,7
Übrige Länder	904	3,1	21,9	30,3	19,5

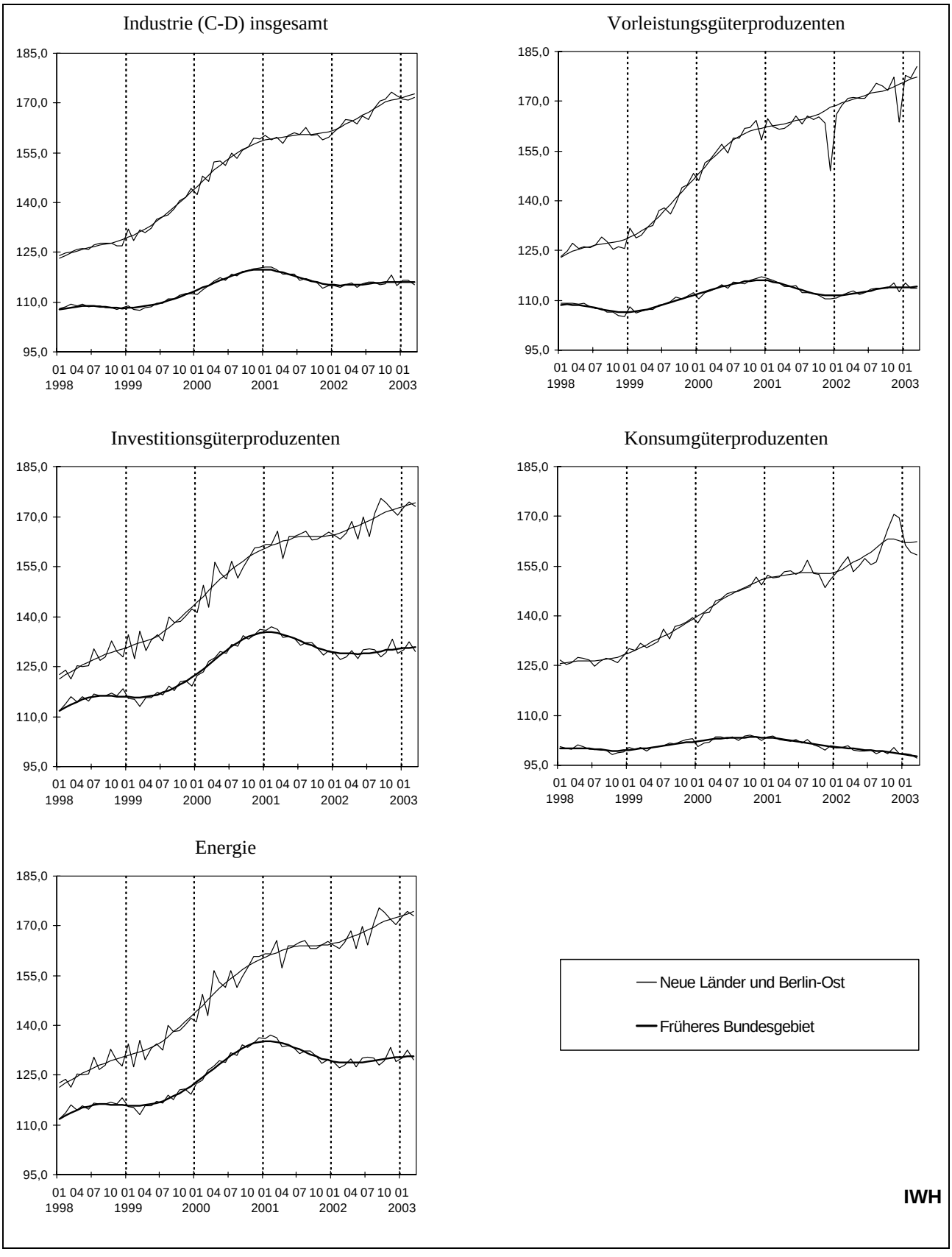
[a] Ohne Malta und Zypern. – [b] Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Übersicht 1 (Industrie):

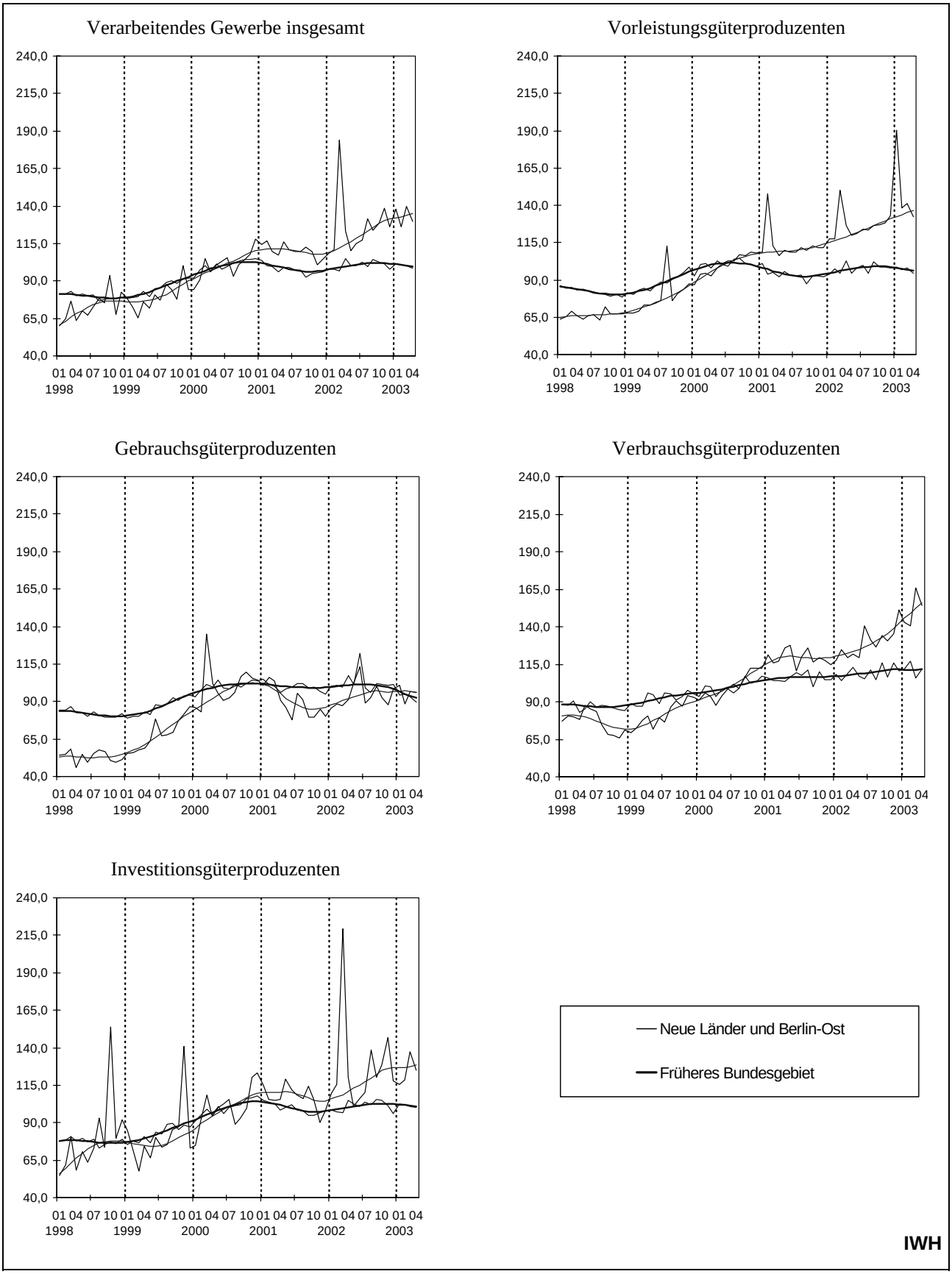
Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands

- 1995 = 100; kalender- und saisonbereinige Werte und Trend (glatte Komponente) -



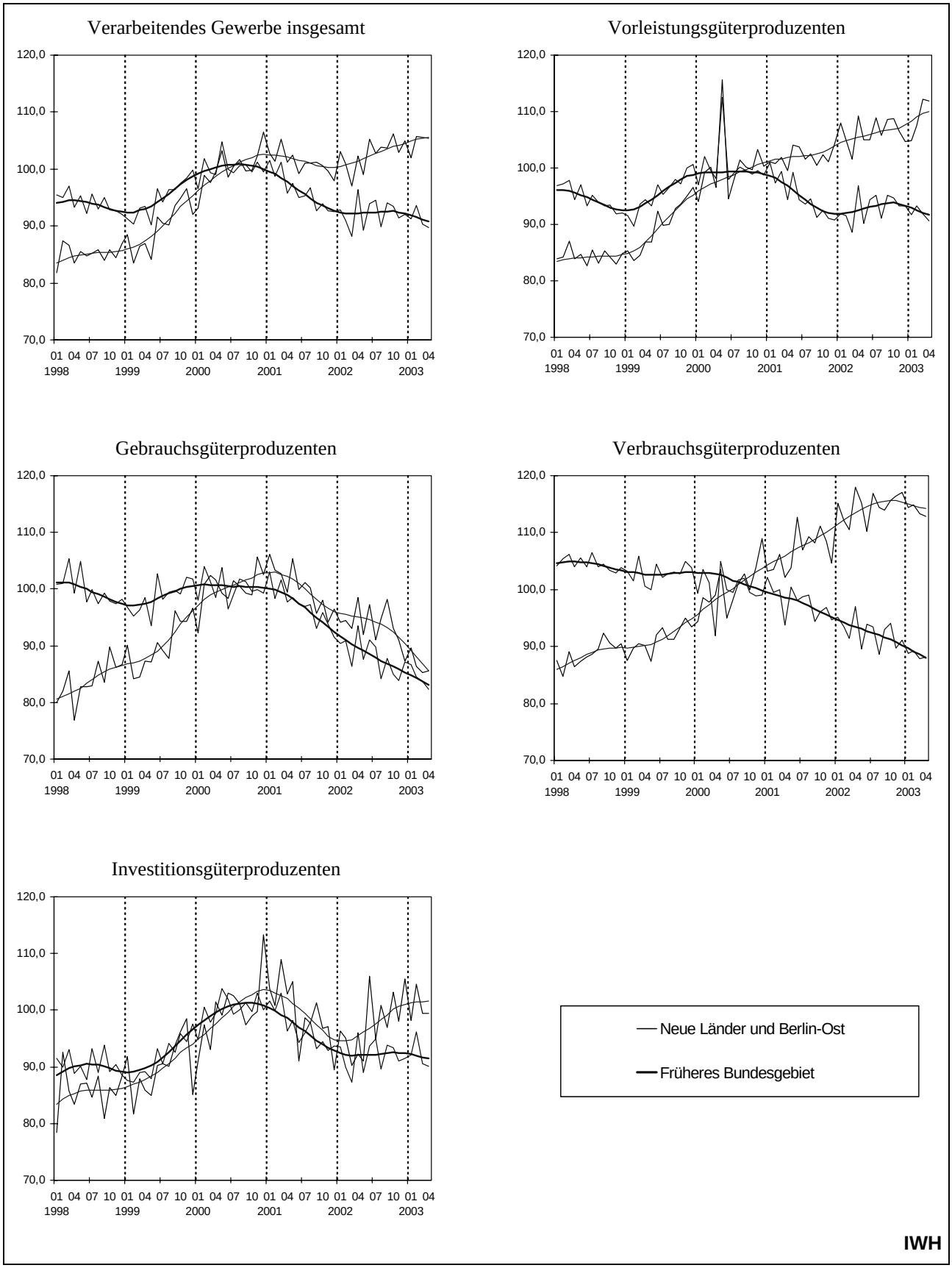
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands
- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

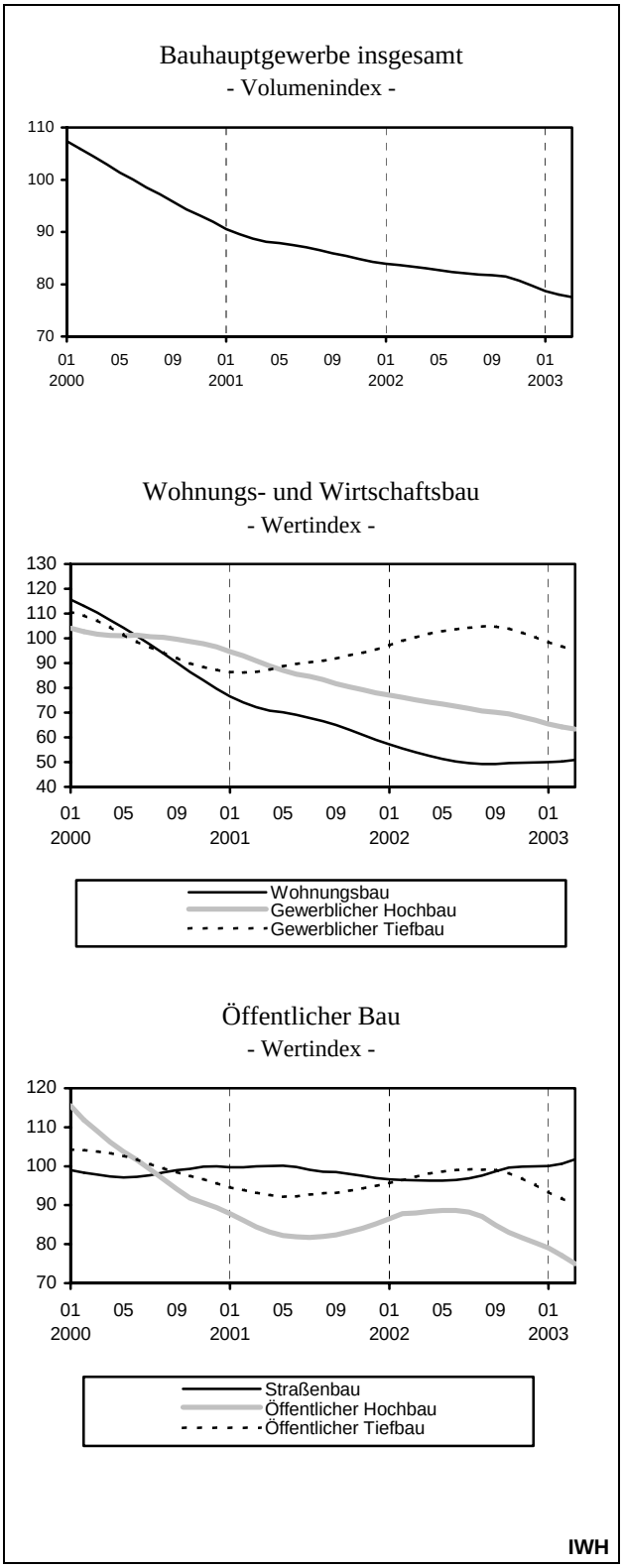
Index des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands
- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

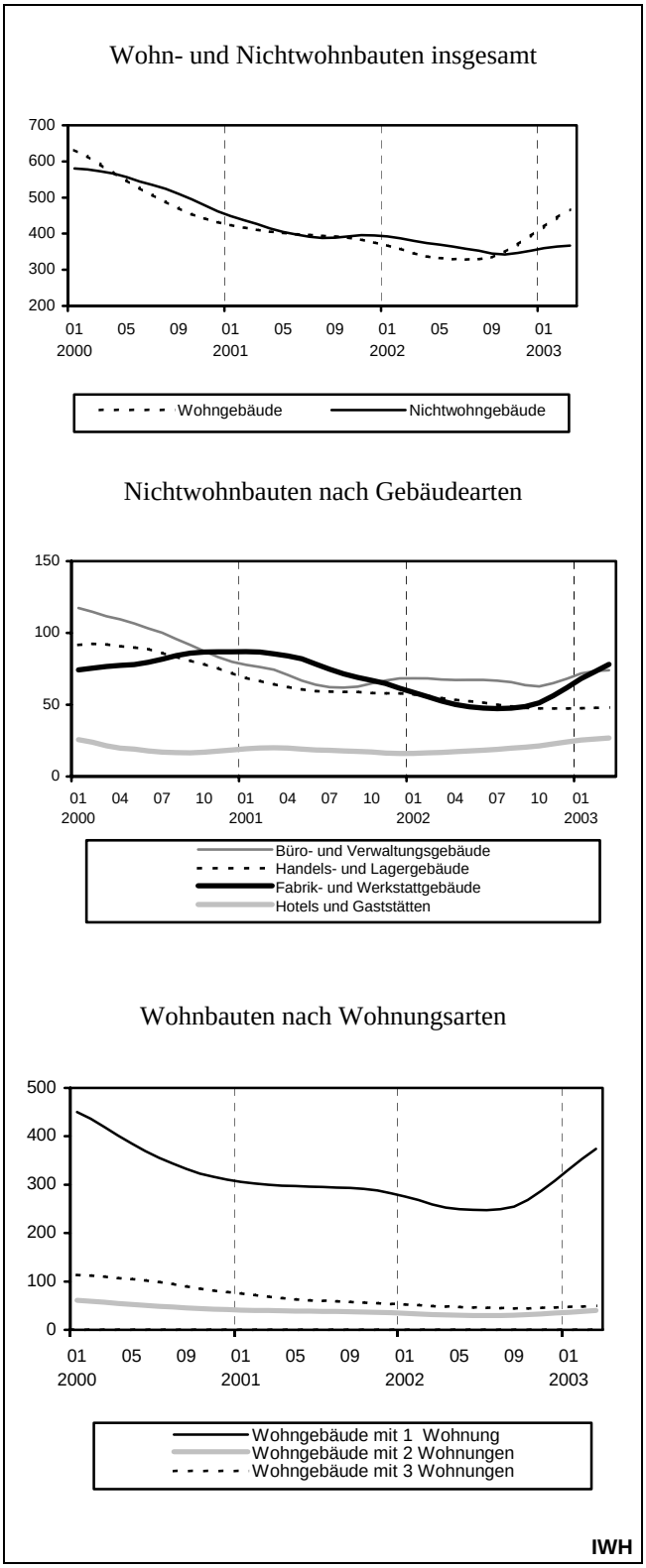
Übersicht 2 (Baugewerbe)

Index des Auftragseingangs im ostdeutschen Bauhauptgewerbe (bis März 2003)
- 2000 = 100; Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Baugenehmigungen in Ostdeutschland (bis März 2003)
- Veranschlagte Kosten des Bauwerks in Mio. Euro; Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.